

# Frankreich

Christian Lequesne

Nach Slowenien übernahm Frankreich am 1. Juli 2008 die Präsidentschaft des Europäischen Rats für die Dauer von sechs Monaten. Während dieser Zeit wird sich herausstellen, ob die „Rückkehr Frankreichs nach Europa“ tatsächlich stattfindet, an die Nicolas Sarkozy seit seiner Wahl gerne erinnert. Es lässt sich ebenfalls messen, ob Europa nach dem ablehnenden Referendum zur Europäischen Verfassung im Mai 2005 auch in Frankreich wieder ein Thema ist. Die französische Präsidentschaft muss sich auch um einen Kompromiss bei der Umsetzung des Vertrags von Lissabon nach dem ablehnenden Referendum in Irland im Juni 2008 bemühen. Nicolas Sarkozy ist viel an diesem Kompromiss gelegen, denn er stellte den Vertrag von Lissabon in der Vergangenheit oft als sein persönliches Werk dar, was seine europäischen Partner verärgerte, vor allem Deutschland.

Das negative Referendum vom 29. Mai 2005 über den Verfassungsvertrag schmälerte den Einfluss Frankreichs in Brüssel über den Zeitraum von zwei Jahren. Es bestanden nur geringe Chancen, dass die Partner Frankreichs sich auf einen Plan B einigen würden, der den Vorstellungen der französischen Anhänger des „Nein“ zur Reform der Europäischen Verfassung entspricht. Auch wenn Frankreich die fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt mit besonders leistungsstarken Großunternehmen ist, so fürchtet ein Teil der französischen Gesellschaft und vielleicht noch stärker die Eliten, die sich in ihrem identitätsstiftenden Exceptionalismus verstricken, die Marktwirtschaft bzw. die Dominanz der Angelsachsen. Dies schürt bekanntermaßen Ängste. Die Franzosen brauchen noch ein wenig Zeit, um gänzlich zu akzeptieren, dass die Öffnung der Grenzen im weitesten Sinne nicht zwangsläufig einen Verlust der eigenen Identität zur Folge hat. Das identitätsstiftende Pathos der französischen Ausnahme, das François Furet 1988 für tot hielt, ist im Grunde nichts anderes.

## Die Prioritäten der französischen Präsidentschaft

Das Motto für die französische Präsidentschaft „ein Europa, das beschützt“ wurde mit Absicht so formuliert, um diejenigen zu beruhigen, die Frankreich als Trojanisches Pferd der Globalisierung in Europa sehen. Diese Angst soll abgebaut werden. Doch wie kann man fröhlich in die Welt schreiten, wenn man stets von negativen Gegebenheiten ausgeht? Wenn man die Welt als gefährlich ansieht und sich schützen muss, und dabei alle Gelegenheiten übersieht, die man wahrnehmen sollte?

Präsident Sarkozy und seine Minister legten die Prioritäten der französischen Präsidentschaft bereits sechs Monate zuvor fest, insbesondere der Minister für Europäische Angelegenheiten Jean-Pierre Jouyet, der bei den 26 anderen Mitgliedstaaten großes Vertrauen genießt. Durch die Schule des „Delorismus“ geprägt verkörpert Jean-Pierre Jouyet ein Frankreich, das sich dem Kompromiss und der internationalen Verflechtung öffnet. Ihm obliegt es häufig, das Übermaß derjenigen zu korrigieren, die in dieser Regierung – wie im übrigen auch in jeder anderen – denken, dass Frankreich nur dann Frankreich ist, wenn es alleine steht.

Die französische Präsidentschaft legt den Schwerpunkt auf fünf Themen: Einwanderung, Kampf gegen den Klimawandel, Energie, Verteidigung und die Agrarreform.

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist sicherlich eine der Politiken, mit der sich die Union laut öffentlicher Meinung in den Mitgliedstaaten befassen soll. Frankreich möchte ebenfalls über eine Verringerung der Emissionen des Treibhauseffekts wachen sowie über Einigkeit bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls, das die Vereinigten Staaten bis heute nicht unterzeichnet haben. Der Ruf der Union als normengebende und -exportierende Kraft steht auf dem Spiel. Angesichts der amerikanischen Zurückhaltung erwarten einige Länder, unter ihnen Japan, viel von einem Bündnis mit der Europäischen Union im Hinblick auf den Umweltschutz. Auf die Verteidigung seiner industriellen Interessen bedacht, vor allem im Bereich der Kernenergie, liegt es Frankreich sicherlich am Herzen, darauf hinzuweisen, dass der Kampf gegen den Klimawandel der Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen nicht schaden darf. Es wünscht sich niedrigere Grenzwerte als andere Länder wie z.B. Österreich oder einige skandinavische Länder. Es läuft damit häufig Gefahr, bei den Maximalisten auf Widerstand zu stoßen.

Die Energiepolitik liegt in der Förderung eines europäischen Energiemarkts. Die französische Position lehnt eine durch die liberaleren Länder geforderte Lösung (Großbritannien und Schweden) ab, eine vermögensrechtliche Trennung zwischen den Netzen der Produktion und der Verteilung („unbundling“) durchzuführen. In diesem Punkt kann Frankreich auf die Unterstützung Deutschlands zählen. Ein weiteres Thema stellt die Versorgungssicherheit dar, ein Problem, das Frankreich weniger stark betrifft als seine Partner, allen voran Deutschland und die neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa.

Das Thema Zuwanderung bedeutet für die französische Präsidentschaft vor allem den Kampf gegen die illegale Einwanderung, die seit der Wahl Nicolas Sarkozys häufig in Frankreich diskutiert wurde. Brice Hortefeux, Minister für Immigration und Integration, forderte die Schaffung eines auf drei Säulen beruhenden Europäischen Einwanderungspakts: Harmonisierung des Asylwesens, Verhandlungen über die Rückübernahmevereinbarungen und den Verzicht auf massive Einbürgerungen. Das sind viele Themen, zu denen in der Europäischen Union kein Konsens besteht und angesichts derer sich Frankreich selbst erheblichen Widersprüchen ausgesetzt sieht. Was soll die Verweigerung einer breit angelegten Einbürgerung bedeuten, wenn ans Licht kommt, dass französische Unternehmen seit zehn Jahren Einwanderer ohne Papiere beschäftigen? Die Herangehensweise der französischen Präsidentschaft an das Thema ist im Grunde protektionistisch und nicht proaktiv. Es wird allerdings klar, dass die europäischen Länder, deren Einwohnerzahlen alle rückläufig sind – in Frankreich und Irland etwas weniger als in den übrigen Ländern – im Gegenteil eine stärkere Öffnung zulassen sollten. Selbst zu einer Zeit, in der die extreme Rechte in Frankreich an Boden verliert, fällt es der Regierung schwer, das Thema Einwanderung im europäischen Rahmen positiver zu sehen.

Nicolas Sarkozy scheint einer vollständigen Wiedereingliederung Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO, die General de Gaulle 1966 verlassen hatte, positiv gegenüberzustehen. Es gilt als nicht sicher, ob er diese Entscheidung durchsetzen kann, denn ein Großteil der französischen Elite – links wie rechts – hegt weiterhin ein erhebliches Maß an Anti-Amerikanismus, den der Krieg im Irak nicht abbauen konnte. Nicolas Sarkozy stellt sich eine Wiedereingliederung Frankreichs in die NATO vor, gepaart mit einer Gegenleistung: der Verstärkung der operativen Einsatzkräfte der europäischen Verteidigung, um im Rahmen der NATO eine noch autonomere Rolle spielen zu können. Ein Gedanke, dem die klassischen Anhänger einer Verbindung mit Amerika, d.h. die Briten und die Länder Mitteleuropas, nicht unbedingt freudig begrüßen. Es ist jedoch ein wichtiger Punkt, dass die Vereinigten Staaten, sowohl das republikanische als auch das demokra-

tische Lager, in dieser Frage nicht festgefahren sind und dies erklärt, warum sich London durch die neue Ausrichtung Frankreichs ein wenig in die Enge gedrängt fühlt: Man fürchtet, Frankreich könne Großbritannien die „special relationship“ zu den USA abspenstig machen und den Briten das Europa der Verteidigung aufzwingen.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist ein weiteres Thema, das die französische Präsidentschaft vorantreiben möchte, da es ihrer Ansicht nach wenig sinnvoll ist, mit dieser Frage bis 2013 zu warten, wenn eine Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ansteht. Die Bereitschaft, die Agrarpolitik aus dem Status Quo herauszuführen ist wichtig, denn es handelt sich um ein Thema, das das Image Frankreichs innerhalb der Union seit Jahren belastet. Die französischen Getreidebauern konnten vom Segen aus den Töpfen der Gemeinschaft profitieren und sind heute auf dem Weltmarkt ausreichend wettbewerbsfähig, um sich auch mit niedrigeren Subventionen behaupten zu können. Das bedeutet nicht, dass die GAP vollständig aufgegeben werden oder renationalisiert werden sollte, wie es manchmal von den Briten gewünscht wird. Sie muss neu gestaltet und sich weniger um eine Stützung der Preise drehen, als um Nahrungsmittelsicherheit oder auch die Entwicklung des ländlichen Raums. Dies waren auch Prioritäten seit der Reform Mac Sharrys 1992. Falls Nicolas Sarkozy die Reform der GAP akzeptiert, so schränkt er ihre Wirkung durch seine Weigerung ein, den Handel mit Agrarprodukten innerhalb der Welthandelsorganisation zu liberalisieren. Der Beginn der Präsidentschaft war von einem lebhaften Austausch zu diesem Thema zwischen Nicolas Sarkozy und EU-Handelskommissar Peter Mandelson gekennzeichnet.

Letztendlich stellt die Präsidentschaft auch einen Test des diplomatischen Talents Nicolas Sarkozys und seiner Mannschaft dar. Mehrere Bedingungen scheinen notwendig: der Respekt gegenüber den kleineren Staaten, die in der Union immer zahlreicher werden, die Bereitschaft, mehr zuzuhören als zu belehren, der Verzicht auf ein kontraproduktives Insistieren auf die Verwendung der französischen Sprache. Die französische Präsidentschaft bietet der französischen Diplomatie demnach Gelegenheit, ihre Modernität unter Beweis zu stellen (ein Wort, das Nicolas Sarkozy gerne anführt).

### **Weitere Bereiche der Europapolitik**

Die Amtsübernahme von Nicolas Sarkozy war wie die aller seiner Vorgänger durch den Willen gekennzeichnet, die bilateralen Bündnisse innerhalb der Union zu diversifizieren. Dem neuen Präsidenten gelang unbestritten die Annäherung an die durch die französische Außenpolitik seit 1990 vernachlässigten Länder Mitteleuropas. Er begann ebenfalls eine Annäherung an Großbritannien. Sein Staatsbesuch in London im März 2008 bot ihm Gelegenheit, vor dem britischen Parlament offen auszusprechen, dass es nicht bei der bisher einzigen privilegierten Partnerschaft mit Deutschland bleiben müsse. Nicolas Sarkozy tut sich ausgerechnet mit Deutschland, dem traditionell „engsten“ Partner Frankreichs am schwersten. Sein Verhältnis zu Angela Merkel ist nicht das beste. Mehrere Themen gaben zu erheblichen Spannungen Anlass: Kritik von Sarkozy an der Politik der Europäischen Zentralbank (ein Tabuthema in Deutschland), der Wunsch, die Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer auf Energieprodukte zu verringern und das Projekt einer Mittelmeerunion. Im Elysée entwarf der Ratgeber von Nicolas Sarkozy, Henri Gaino, einen ersten Plan mit dem Ziel der Gründung einer Union der Anrainerstaaten des Mittelmeers. Die sehr negativen Reaktionen aus Deutschland und weiteren Ländern der Union brachten Nicolas Sarkozy dazu, seinen Pläne eine andere Richtung zu geben hin zu einer Art „Barcelona Plus“.

Gemäß seiner Aussage, die Union nicht zu schnell vergrößern zu wollen, um sich nicht gegen die öffentliche Meinung in Frankreich zu stellen, die der Erweiterungen müde ist,

kündigte Nicolas Sarkozy nach dem irischen „Nein“ an, sich jeder Erweiterung zu widersetzen, solange der Vertrag von Lissabon nicht ratifiziert sei. Die Position Frankreichs bleibt in der Frage des Beitritts der Türkei sehr strikt: Die Aufnahme in die Union kommt nicht in Frage. Die Reform der französischen Verfassung war Anlass einer intensiven Debatte zu diesem Thema. Jean-Pierre Jouyet hatte von seinem Staatspräsidenten die Möglichkeit erhalten, auf einen Artikel der französischen Verfassung zu verzichten, der 2005 von Jacques Chirac durchgesetzt wurde und der das Abhalten eines Referendums für jede künftige Erweiterung nach dem Beitritt Kroatiens vorschreibt. In der Diskussion des Reformprojekts zur Verfassung legten die Abgeordneten der UMP (mehrheitlich gegen einen Beitritt der Türkei) mit einem Zusatzartikel nach, dass ein Referendum stattzufinden hätte, wenn in dem betreffenden Land mindestens 5% der Gesamtbevölkerung der Union lebten. Es handelte sich klar um eine Zusatzbedingung, die sich gegen die Türkei richtete, so dass die Senatoren auf eine zweite Lesung verzichteten. Im endgültigen Kompromiss verständigte man sich auf die vorhergehende Formulierung mit der Möglichkeit, in der Frage des Referendums eine Ausnahme zu machen, wenn 3/5 der Abgeordneten und Senatoren das entscheiden sollten. Mit der Debatte um den Beitritt der Türkei sind nicht alle glücklich. Französische Großunternehmen zeigen sich besorgt, denn sie fürchten, aus dem Markt der türkischen Investitionen ausgeschlossen zu werden.

Die öffentliche Meinung in Frankreich bleibt sehr gespalten im Hinblick auf die Frage der Zukunft Europas. Der Vertrag von Lissabon wurde im Januar 2008 ohne größere Schwierigkeiten durch das Parlament angenommen (die Sozialisten waren in dieser Frage gespalten), doch zeigten mehrere Umfragen, dass er abgelehnt worden wäre, hätte man ein Referendum angestrengt. Die Ursachen der französischen Zurückhaltung haben nicht mehr viel mit der Verteidigung der Souveränität zu tun, sondern mit dem Schutz des Wohlfahrtsstaats gegenüber der Öffnung der Märkte. Die französische Skepsis gegenüber Europa ist einem Anti-Liberalismus deutlich gewichen. Die Furcht vor der Erweiterung ist dieser Bewegung der Ablehnung des Liberalismus zuzuschreiben, denn man denkt beim Beitritt neuer Mitgliedstaaten (insbesondere den ehemaligen kommunistischen Staaten Europas) an stärkeren Wettbewerb, mehr Sozialdumping und eine Erleichterung von Standortverlagerungen. Frankreich hat Europa satt, weil es die Globalisierung satt hat. Die Angst, die Vorzüge des Wohlfahrtsstaats zu verlieren, führt zu einem Rückzug auf die eigene Identität. Hier fährt Nicolas Sarkozy eine zwiespältige Politik. Auf der einen Seite propagiert er wirtschaftliche Reformen, auf der anderen verwendet er unermüdlich die Sprache des Protektionismus. Die sozialistische Partei, die größte Oppositionspartei, spricht ebenfalls nur von Protektion. Das erklärt, warum diese Partei keine moderne Vision entwickeln kann, die sich auf die Zukunft Europas und der Globalisierung richtet.

Frankreich kann erst nach Europa zurückkehren, wenn es verstanden hat, dass die Welt nicht mehr dieselbe ist wie nach dem Zweiten Weltkrieg und dass die Freizügigkeit von Kapital, Personen und Kulturen keine Gefahr darstellt, sondern eine Gelegenheit, die es zu nutzen gilt. Das wird Zeit brauchen in einem Land, das es gewohnt ist, von einem allgemeingültigen Modell auszugehen und das während der Nachkriegszeit Jahre der Ungezwungenheit verbracht hat.

### **Weiterführende Literatur**

Thierry Chopin: *Frankreich Europe. Le bal des hypocrites*, Paris, Fondation Saint Simon, 2008.

Jean-Dominique Giuliani: *Un Européen très pressé*, Paris, Editions du Moment, 2008.

Christian Lequesne: *La France dans la nouvelle Europe. Accepter le changement d'échelle*, Paris, Presses de Sciences Po, 2008.